

Bürgschaftsbank Rheinland-Pfalz GmbH
Rheinstraße 4 H
55116 Mainz

Telefon: 06131 62915-5
Telefax: 06131 62915-99
E-Mail: info@bb-rlp.de

Kreditinstitut (entfällt bei Bürgschaft Direkt)

Kreditinstitut	
Anschrift	
Aktenzeichen	
Ansprechpartner/in	
Telefon/Telefax (Durchwahl)	
E-Mail	

Antrag auf Übernahme einer Ausfallbürgschaft

Classic Premium Direkt

Antragsteller (Kreditnehmer)

Name, Vorname/Firma und Rechtsform	
Wohnort (PLZ, Ort, Straße)	
Betriebsanschrift (PLZ, Ort, Straße)	
Investitionsort (PLZ, Ort, Straße)	
Telefon/Telefax/Mobil	
Internetadresse	
E-Mail	
Personalausweisnummer	
Ausstellungsdatum	
Ausstellende Behörde	

Kreditnehmereinheit: § 19 Abs. 2 KWG	Nein	Ja, Erläuterung auf gesondertem Blatt
Mitglieder bei Kammern/ Verbänden etc.	IHK	HWK Sonstige: _____

Unternehmen

Gesellschafter/Rechtsform	Höhe der Beteiligung [EUR]	Tätigkeit/Funktion im Unternehmen

* Hinweis: Verbundene/nahe stehende Unternehmen ggf. auf einer Anlage darstellen

Gegenstand des Unternehmens		
Gründungsdatum		
	bisher:	zukünftig:
Arbeitsplätze gesamt		
davon Ausbildungsplätze		
davon Teilzeitarbeitsplätze		

Zu verbürgende Kredite

Mittelherkunft/ Kreditart	Kreditbetrag [EUR]	Verbürgungs- grad [%]	Zinssatz [%]	Auszahlung [%]	Laufzeit	Davon Freijahre	Tilgungsraten/ Annuitätsraten

Kurzbeschreibung des Vorhabens

(in Worten; hinsichtlich Mittelherkunft und -verwendung siehe Investitions- und Finanzierungsplan)

Existenzgründung (tätige Beteiligung)	Investitionen	Betriebsverlagerung
Existenzgründung (Übernahme)	Betriebsmittel	Betriebserweiterung
Existenzgründung (Errichtung)	Rationalisierung	Sonstiger Anlass: _____

Vorgesehene Sicherheiten (für den/die Bürgschaftskredit/e)

Bei Förderinstituten gestellte/bewilligte Anträge (bei gleichzeitiger Beantragung bitte Kopie beifügen)

KfW ISB Sonstiges: _____

Erklärungen des Kreditnehmers/Antragstellers

I. Allgemeine Erklärungen

1. Allgemeine Bürgschaftsbestimmungen

Dieser Antrag wird auf Grundlage der Allgemeinen Bürgschaftsbestimmungen Kredit der Bürgschaftsbank Rheinland-Pfalz GmbH (nachfolgend "Bürgschaftsbank") in der derzeit gültigen Fassung (im Internet unter www.bb-rlp.de abrufbar) gestellt, die hiermit anerkannt werden.

Mir/uns ist bekannt, dass für die Bearbeitung des Bürgschaftsantrages ein Bearbeitungsentgelt und im Folgenden jährlich eine laufende Bürgschaftsprovision (gemäß dem aktuell gültigen Preis- und Konditionenverzeichnis, das im Internet unter www.bb-rlp.de oder in den Geschäftsräumen der Bürgschaftsbank eingesehen werden kann) zu entrichten ist.

2. Weitere Erklärungen

a) Ich/wir erklären, dass

- bei dem Unternehmen oder mit dem Unternehmen verbundene Einheiten Pfändungs- und Vollstreckungsmaßnahmen jeglicher Art sind in den letzten fünf (5) Jahren nicht vorgekommen oder in einer Anlage erläutert
- bei dem Unternehmen oder mit dem Unternehmen verbundene Einheiten die Voraussetzungen für die Eröffnung eines Insolvenzverfahren nicht vorliegen bzw. ein solches Verfahren weder beantragt noch eröffnet worden ist.

b) Ich/wir erkläre/n mich/uns bereit, der Bürgschaftsbank Rheinland-Pfalz GmbH bei Bedarf weitere Auskünfte zu erteilen.

c) Vorsteuerabzugsberechtigung des/der Kreditnehmer/s: Ja Nein

Ort, Datum

Unterschrift des Kreditnehmers/Antragstellers

II. Erklärung zum Datenschutz und Bankgeheimnis

1. Datenverarbeitung, Datenschutz und Verschwiegenheitspflichten

a) Elektronische Datenverarbeitung; Speicherung

Die Bürgschaftsbank bedient sich der elektronischen Datenverarbeitung. Ich bin/wir sind einverstanden, dass alle in diesem Antrag enthaltenen personen-, sach- und vorhabensbezogenen Daten zum Zwecke der Antragsbearbeitung, der Verwaltung des laufenden Bürgschaftsengagements und dessen Abwicklung sowie für statistische Auswertungen und gegebenenfalls zur Erstellung und Weiterentwicklung eines Scoring-/Ratingverfahrens verarbeitet, genutzt, verwendet und gespeichert werden. Gleichzeitig wird eine Befreiung vom Bankgeheimnis erteilt. Ergänzend stimme/n ich/wir zu, dass die im Rahmen dieses Antrags erhobenen Daten auch im Rahmen einer weiteren oder neuerlichen Antragstellung verarbeitet werden dürfen.

b) Hausbankverfahren

Die Hausbank/en wird/werden für den vollständigen Zeitraum zwischen dem Beginn des Antragsverfahren bis gegebenenfalls zum endgültigen Abschluss der Abwicklung des Bürgschaftsengagements (einschließlich der Geltendmachung und Durchsetzung etwaiger Regressforderungen und dem Abschluss der Sicherheitenverwertung im Allgemeinen) durch mich/uns von ihrer Verschwiegenheitspflicht gegenüber der Bürgschaftsbank befreit, soweit dies zur Beurteilung des Bürgschaftsantrags, des laufenden Bürgschaftsengagements und gegebenenfalls zur Abwicklung des Engagements notwendig ist. Die Hausbank wird insbesondere ermächtigt, der Bürgschaftsbank auf Anfordern jegliche Informationen und Unterlagen sowie Bewertungen auf Grund von standardisierten Beurteilungsbögen, die auf Wunsch eingesehen werden können, zur Verfügung zu stellen, die sich auf die finanziellen, betriebswirtschaftlichen und unternehmensbezogenen Daten und Informationen des Kreditnehmers und/oder der Gesellschafter/Geschäftsführer des Kreditnehmers, einschließlich der privaten Vermögensverhältnisse, beziehen.

c) Durchführung von Rating-/Scoring- Verfahren; Stellungnahmen von Kammern, Verbänden, berufsständische Vereinigungen und Behörden

Die Bürgschaftsbank ist berechtigt, Bonitätsdaten und gutachtliche Stellungnahmen bei Dritten anzufordern, soweit dies zur Beurteilung des Bürgschaftsantrags und des laufenden Bürgschaftsengagements notwendig ist. Zu diesem Zweck befreie/n ich/ wir die Bürgschaftsbank, Kammern/ Verbände/ berufsständische Vereinigungen und Behörden sowie die Creditreform AG und die SCHUFA von ihren Verschwiegenheitspflichten. Die Bürgschaftsbank wird hierbei immer die Anforderungen der §§ 28, 29 a BDSG wahren.

d) Einbindung von Behörden

Mir/uns ist bekannt, dass Behörden des Landes Rheinland-Pfalz und des Bundes in die Entscheidung über die Bewilligung des Antrags sowie in die laufende Verwaltung des Bürgschaftsengagements einbezogen sind. Ich/wir befreien die Bürgschaftsbank insoweit von der Verschwiegenheitsverpflichtung gegenüber den notwendig einzubeziehenden Behörden des Landes Rheinland-Pfalz und des Bundes.

e) Einsicht in die Steuerakten

Ich/wir gestatte/n unwiderruflich, dass das Finanzministerium des Landes Rheinland-Pfalz Einsicht in die Steuerakten bis zum endgültigen Abschluss der Abwicklung des Bürgschaftsengagements (einschließlich der Geltendmachung und Durchsetzung etwaiger Regressforderungen und dem Abschluss der Sicherheitenverwertung im Allgemeinen) nimmt. Damit geht die Gestattung an das Finanzministerium des Landes Rheinland-Pfalz einher, der Kredit gewährenden Hausbank und der Bürgschaftsbank zweckdienliche Angaben aus den Steuerakten zuzuleiten.

f) Zweckbindung

Soweit die Bürgschaftsbank nach den vorstehenden Absätzen berechtigt ist, Daten an Dritte weiterzuleiten, erfolgt jegliche Verarbeitung dieser Daten durch diese Dritte ausschließlich aufgrund und im Rahmen der Weisung durch die Bürgschaftsbank. Die Bürgschaftsbank ist ihrerseits an den Zweck gebunden, zu dem sie diese Daten erhoben hat.

Ort, Datum

Unterschrift des Kreditnehmers/Antragsstellers

Erklärung des Kreditinstituts (Hausbank)

a) Allgemeine Bestimmungen

Dieser Antrag wird auf Grundlage der Allgemeinen Bürgschaftsbestimmungen Kredit der Bürgschaftsbank Rheinland-Pfalz GmbH in der derzeit gültigen Fassung (im Internet unter www.bb-rlp.de abrufbar) gestellt, die hiermit anerkannt werden. Wir bestätigen, dass die zu verbürgenden Kredite bisher nicht gewährt sind und sind bereit, die zu verbürgenden Kredite – vorbehaltlich der Übernahme der Bürgschaft – zu gewähren.

Uns ist bekannt, dass für die Bearbeitung des Bürgschaftsantrages ein Bearbeitungsentgelt und im Folgenden jährlich eine laufende Bürgschaftsprovision (gemäß dem aktuell gültigen Preis- und Konditionenverzeichnis) zu entrichten ist. Für diese Entgelte/Provisionen haftet der Kreditgeber als Zweitschuldner.

b) Zwangsmaßnahmen/Insolvenz

Pfändungs- und Vollstreckungsmaßnahmen jeglicher Art sind in den letzten fünf (5) Jahren bei dem/den Antragsteller/n, Gesellschafter/n, von dem/den Gesellschafter/n beherrschten Unternehmen und dem/den Kreditnehmer/n nach unserer Kenntnis nicht vorgekommen
in einer Anlage erläutert.

c) Identifizierungspflichten

Wir bestätigen, die Identifizierungspflichten sowie relevante Vorschriften nach dem Geldwäschegesetz, insbesondere die allgemeinen Sorgfaltspflichten nach §§ 10 ff GwG beachtet zu haben. Wir bestätigen weiterhin, die Bürgschaftsbank Rheinland-Pfalz GmbH über den „PEP-Status“ eines Kreditnehmers/ Antragstellers zu informieren und unterrichtet zu halten. Die Bürgschaftsbank Rheinland-Pfalz GmbH greift zur Erfüllung der Sorgfaltspflichten auf uns zurück. Wir verpflichten uns aus diesem Grund, auf Anforderung durch die Bürgschaftsbank Rheinland-Pfalz GmbH entsprechende Kopien der Unterlagen, die im Zusammenhang mit der Erfüllung der Sorgfalts- und Identifizierungspflichten stehen, zur Verfügung zu stellen. Wir verpflichten uns insbesondere, auf Anforderung die zur Erfüllung der Sorgfaltspflichten notwendigen Dokumente zu übermitteln, und die Dokumente entsprechend der gesetzlichen Vorgaben zu verwahren.

d) Beihilfen

Mir/uns ist bekannt, dass den Bürgschaften der Bürgschaftsbank Subventionen des Bundes und des Landes zugrunde liegen. Ich bin/Wir sind darüber unterrichtet, dass die von mir/uns angegebenen Tatsachen

- zum Unternehmen (Name, Rechtsform, Sitz, Unternehmensgegenstand, verbundene/nahestehende Unternehmen gem. § 19 Abs. 2 KWG) und zur Betriebsstätte
- zu den Gesellschaftern (und ggf. Ehegatten) und deren persönlichen Vermögensverhältnissen
- zur fachlichen und kaufmännischen Qualifikation des/der Geschäftsinhaber(s)/Geschäftsführer(s)
- zum Vorhaben (Projektart, Vorhabensbeschreibung, Investitionsort, Arbeitsplätze)
- zu Investition und Finanzierung (Mittelverwendung/-herkunft, einschließlich Eigenmittel)
- zu Sicherheiten
- zu den betrieblichen wirtschaftlichen Verhältnissen, d.h. Jahresabschlüsse (Bilanzen, Gewinn- und Verlustrechnungen, Anhänge, Lageberichte) bzw. Einnahmenüberschussrechnungen, Betriebswirtschaftliche Auswertungen, Summen- und Saldenlisten, sonstige Vermögensübersichten sowie Geschäftsberichte
- zu Kreditverbindlichkeiten
- zu Beteiligungsverhältnissen
- zu Zwangsmaßnahmen jeglicher Art (z. B. eidesstattliche Versicherung, Scheck-/Wechselprotest und/oder Vergleichs-/Konkurs-/Insolvenzverfahren)

subventionserheblich im Sinne des § 264 StGB sind.

Mir/uns ist die Strafbarkeit eines Subventionsbetruges nach § 264 StGB bekannt. Auf die besonderen Mitteilungspflichten nach § 3 Subventionsgesetz bin ich/sind wir hingewiesen worden. Eine Bürgschaftsübernahme erfolgt nach den geltenden EU-Bestimmungen. Änderungen im Hinblick auf subventionserhebliche Tatsachen sind der Bürgschaftsbank Rheinland-Pfalz GmbH unverzüglich mitzuteilen. Weitergehende Auskünfte werden auf Anforderung erteilt.

Ort, Datum

Stempel und Unterschrift des Kreditinstituts (Hausbank)

Checkliste einzureichender Unterlagen:

	anbei	folgt
a) Pflichtunterlagen* (im Original einzureichen)		
<ul style="list-style-type: none"> • Anlage „Erklärung zu Beihilfen“ • Anlage „SEPA-Lastschriftmandat“ • Anlage „Selbstauskunft über Vermögens-/Einkommensverhältnisse“ • Anlage „SCHUFA-Erklärung“ (bei Existenzgründungs- und Nachfolgefinanzierungen) • Bescheinigung in Steuersachen 		
b) Unterlagen des Kreditinstituts		
<ul style="list-style-type: none"> • Kreditvorlage/Stellungnahme des Kreditinstituts • Ratingbericht des Kreditinstituts 		
c) Angaben zum Antragsteller und deren Gesellschafter		
<ul style="list-style-type: none"> • Begründung/Kurzbeschreibung des Vorhabens (Produkt, Kunde, Lieferanten Mitbewerber, Markt, etc.) • Gültige Fassung des Gesellschaftsvertrages 		
d) Kreditaufstellung mit Kapitaldienstrechnung und Absicherung		
<ul style="list-style-type: none"> • Bankenengagement 		
e) Selbstauskunft		
<ul style="list-style-type: none"> • Lebenslauf bzw. beruflicher Werdegang Inhaber/Gesellschafter 		
f) Wirtschaftliche Verhältnisse		
<ul style="list-style-type: none"> • Bilanzen der letzten zwei Geschäftsjahre mit Angabe zur Höhe der GF-Gehälter (zzgl. Verbundene/nahe stehende Unternehmen) • Aktuelle BWA des laufenden Geschäftsjahres und BWA des letzten Geschäftsjahres (falls Bilanz noch nicht vorliegt) jeweils inkl. Vorjahresvergleich und Summen-/Saldenliste • Aktueller Auftragsbestand • Rentabilitätsvorschau für mindestens zwei Jahre • Liquiditätsplan 		
g) Ergänzende Angaben		
<ul style="list-style-type: none"> • Gesellschaftervertrag • Übernahmevertrag • Miet-/Pachtvertrag bzw. Wertangaben zu eigenen Immobilien • Beratungsbericht (HWK, IHK) • Ggf. Unternehmens-/Produktprospekte • Handelsregisterauszug • Grundbuchauszug bei vorhandenem Grundbesitz • Angaben zu Zwangsmaßnahmen des Finanzamts 		

Die Richtigkeit sowie Vollständigkeit der beigefügten Unterlagen a) und c) bis g) wird versichert:

Ort, Datum

Unterschrift des Kreditnehmers/Antragsstellers

* Die unter „Pflichtunterlagen“ aufgeführten Anlagen sind auf der Homepage der Bürgschaftsbank Rheinland-Pfalz (www.bb-rlp.de) zum Download verfügbar.

Erklärung zu Beihilfen

Mir/Uns ist bekannt, dass den Bürgschaften der Bürgschaftsbank Rheinland-Pfalz GmbH Subventionen des Bundes und des Landes zugrunde liegen. Sie sollen gewährt werden, um die Kreditfähigkeit mittelständischer Unternehmen zu erhöhen.

Ich bin/Wir sind darüber unterrichtet, dass die von mir/uns angegebenen Tatsachen

1. zum Unternehmen (Name, Rechtsform, Sitz, Unternehmensgegenstand, verbundene/nahestehende Unternehmen gem. § 19 Abs. 2 KWG) und zur Betriebsstätte
2. zu den Gesellschaftern (und ggf. Ehegatten) und deren persönlichen Vermögensverhältnissen
3. zur fachlichen und kaufmännischen Qualifikation des/der Geschäftsinhaber(s)/Geschäftsführer(s)
4. zum Vorhaben (Projektart, Vorhabensbeschreibung, Investitionsort, Arbeitsplätze)
5. zu Investition und Finanzierung (Mittelverwendung/-herkunft, einschließlich Eigenmittel)
6. zu Sicherheiten
7. zu den betrieblichen wirtschaftlichen Verhältnissen, d.h. Jahresabschlüsse (Bilanzen, Gewinn- und Verlustrechnungen, Anhänge, Lageberichte) bzw. Einnahmenüberschussrechnungen, Betriebswirtschaftliche Auswertungen, Summen- und Saldenlisten, sonstige Vermögensübersichten sowie Geschäftsberichte
8. zu Kreditverbindlichkeiten
9. zu Beteiligungsverhältnissen
10. zu Zwangsmaßnahmen jeglicher Art (z. B. eidesstattliche Versicherung, Scheck-/Wechselprotest und/oder Vergleichs-/Konkurs-/Insolvenzverfahren)

subventionserheblich im Sinne des § 264 StGB sind. Mir/uns ist die Strafbarkeit eines Subventionsbetruges nach § 264 StGB bekannt. Auf die besonderen Mitteilungspflichten nach § 3 Subventionsgesetz bin ich/sind wir hingewiesen worden. Eine Bürgschaftsübernahme erfolgt nach den geltenden EU-Bestimmungen.

Ich bin/Wir sind darüber unterrichtet, dass neben den oben genannten Angaben auch die folgenden Angaben über die im laufenden Kalenderjahr sowie in den vergangenen zwei Kalenderjahren erhaltenen/beantragten Beihilfen und über zurzeit laufende Beihilfeanträge des antragstellenden Unternehmens und verbundener Unternehmen im Rahmen der Beihilfengewährung subventionserheblich gemäß § 264 StGB sind.

Das antragstellende Unternehmen erklärt Folgendes:

Diese Erklärung bezieht sich sowohl auf Beihilfen, die das Unternehmen direkt erhalten bzw. beantragt hat, als auch auf Beihilfen, die ein verbundenes Unternehmen beantragt bzw. erhalten hat. Nachfolgende Kriterien definieren, ob weitere Unternehmen zu dem gesamten Unternehmensverbund als „ein einziges Unternehmen“ im Sinne der De-minimis-Verordnungen hinzuzurechnen sind und bei der Angabe der erhaltenen Beihilfen berücksichtigt werden müssen.

Das Unternehmen hält die Mehrheit der Stimmrechte der Anteilseigner oder Gesellschafter eines anderen Unternehmens.

Das Unternehmen ist berechtigt, die Mehrheit der Mitglieder des Verwaltungs-, Leitungs- oder Aufsichtsgremiums eines anderen Unternehmens zu bestellen und abzuberufen.

Ein Unternehmen ist aufgrund einer vertraglichen Regelung oder einer Bestimmung in der Satzung berechtigt, beherrschenden Einfluss auf das antragstellende Unternehmen auszuüben.

Das Unternehmen ist Anteilseigner oder Gesellschafter eines anderen Unternehmens. Die Erklärenden üben gemäß einer mit anderen Anteilseignern oder Gesellschaftern eines anderen Unternehmens getroffenen Vereinbarung die alleinige Kontrolle über die Mehrheit der Stimmrechte von dessen Anteilseignern oder Gesellschaftern aus.

Das Unternehmen steht über ein anderes Unternehmen oder mehrere andere Unternehmen in einer der oben genannten Beziehungen.

Sofern die aufgeführten Sachverhalte (auch nur das Vorliegen eines Kriteriums ist ausreichend) zutreffend sind, sind sämtliche Beihilfen der verbundenen Unternehmen und des antragstellenden Unternehmens nachfolgend zu berücksichtigen.

Zu beachten bei Fusionen/Übernahmen und Betriebsaufspaltungen:

Im Falle einer Fusion oder Übernahme müssen alle De-minimis-Beihilfen, die den beteiligten Unternehmen zuvor gewährt wurden, herangezogen werden, um zu ermitteln, ob eine neue De-minimis-Beihilfe für das neue bzw. das übernehmende Unternehmen zu einer Überschreitung des einschlägigen Höchstbetrages führt. Die Angaben sind in der unten genannten Tabelle aufzuführen.

Liegt eine Unternehmensaufspaltung vor, so werden die De-minimis-Beihilfen, die dem Unternehmen zuvor gewährt wurden, demjenigen Unternehmen zugewiesen, dem die Beihilfe zugutekommt. Ist die Zurechenbarkeit nicht möglich, werden die Beihilfen den neuen Unternehmen auf der Grundlage des Buchwertes ihres Eigenkapitals zum Zeitpunkt der tatsächlichen Aufspaltung zugewiesen.

Das antragstellende Unternehmen bzw. ein verbundenes Unternehmen sind im Bereich des gewerblichen Straßengüterverkehrs tätig. Speziell der Erwerb von Fahrzeugen für den gewerblichen Straßengüterverkehr ist gemäß den europarechtlichen Bestimmungen nicht förderfähig. Bei einer Tätigkeit in diesem Bereich ist eine weitere Prüfung erforderlich.

Angaben zu erhaltenen und beantragten Beihilfen:

Das Unternehmen oder mit dem Unternehmen verbundene Einheiten hat/haben als „ein einziges Unternehmen“ im Sinne der De-minimis-Verordnungen im laufenden Kalenderjahr sowie in den zwei vergangenen Kalenderjahren **keine** Beihilfen im Rahmen der folgenden Verordnungen erhalten/beantragt.

oder

Nachfolgend bestätige ich, dass das Unternehmen oder mit dem Unternehmen verbundene Einheiten als „ein einziges Unternehmen“ im Sinne der De-minimis-Verordnungen im laufenden Kalenderjahr sowie in den vorangegangenen zwei Kalenderjahren Beihilfen im Rahmen der folgenden Verordnungen erhalten/beantragt hat/haben:

1. Allgemeine De-minimis-Beihilfen im Sinne der Verordnung (EU) Nummer 1407/2013 der Kommission vom 18. Dezember 2013 über die Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf De-minimis-Beihilfen, veröffentlicht im Amtsblatt der Europäischen Union L 352/1 vom 24. Dezember 2013,
2. DAWI-De-minimis-Beihilfen im Sinne der Verordnung (EU) Nr. 360/2012 der Kommission vom 25. April 2012 über die Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf De-minimis-Beihilfen an Unternehmen, die Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse erbringen, veröffentlicht im Amtsblatt der Europäischen Union L 114/8 vom 26. April 2012,
3. De-minimis-Agrar-Beihilfen im Sinne der Verordnung (EU) Nr. 1408/2013 der Kommission vom 18. Dezember 2013 über die Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf De-minimis-Beihilfen im Agrarsektor, veröffentlicht im Amtsblatt der Europäischen Union L 352/9 vom 24.12.2013,
4. De-minimis-Beihilfen im Fischerei- und Aquakultursektor im Sinne der Verordnung (EU) Nr. 717/2014 der Kommission vom 27. Juni 2014 über die Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf De-minimis-Beihilfen im Fischerei- und Aquakultursektor, veröffentlicht im Amtsblatt der Europäischen Union L 190/45 vom 28. Juni 2014.

Art der Beihilfe (1.-4.)	Datum	Antragsteller bzw. verbundenes Unternehmen (s. o.)	Zuwendungsgeber Aktenzeichen, Förderprogramm, Form der Beihilfe	Fördersumme (EUR) (z. B. Zuschuss-, Darlehens-, Bürgschaftsbetrag)	Subventionswert (EUR)

Bei den vorstehenden Angaben ist zu kennzeichnen, welches Unternehmen die Beihilfe beantragt hat bzw. welche der vier genannten De-minimis-Beihilfen beantragt bzw. erhalten wurden.

Beihilfebescheinigungen werden nachgereicht, sofern die vorgenannten Angaben nicht vollständig ausgefüllt werden können.

Die mit dem aktuellen Antrag beantragte Beihilfe wird mit weiteren Beihilfen für dieselben förderbaren Aufwendungen kumuliert (Förderanträge bzw. Bewilligungsbescheide sind in der Anlage beigelegt oder werden nachgereicht).

Ich/Wir verpflichte/n mich/uns, der Bürgschaftsbank Rheinland-Pfalz GmbH unverzüglich Änderungen der vorgenannten Angaben zu übermitteln, sofern sie mir/uns bekannt werden.

Sonstige Zuwendungen: Ich habe/wir haben in der Vergangenheit keine Zuwendungen erhalten, die von der Europäischen Kommission für formell oder materiell rechtswidrig erklärt wurden und für die eine diesbezügliche Rückforderungsentscheidung erlassen wurde.

Ort, Datum

Unterschrift Antragsteller/Kreditnehmer

Erteilung eines SEPA-Lastschriftmandats

Mandatsreferenz:

Gläubiger-Identifikationsnummer:
DE31ZZZ00000103007

(Wird von der Bürgschaftsbank ausgefüllt!)

Ich/Wir (Kontoinhaber) ermächtige/n die Bürgschaftsbank Rheinland-Pfalz GmbH, die Bürgschafts- und Garantieentgelte bei Fälligkeit durch Lastschrift von nachstehendem Konto einzuziehen. Zugleich weise ich/weisen wir das nachstehende Kreditinstitut an, die von der Bürgschaftsbank Rheinland-Pfalz GmbH auf nachstehendes Konto gezogenen Lastschriften einzulösen.

Hinweis: Ich kann/Wir können innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

Kontodaten:

Firma bzw. bei natürlichen Personen Vor- und Nachname des Kontoinhabers:	
Anschrift (PLZ, Ort, Straße, Hausnummer) des Kontoinhabers:	
Kreditinstitut:	
IBAN:	BIC:
Ort/Datum:	Unterschrift des Kontoinhabers: (bei Unternehmen Firmenstempel ergänzen)

Dieses SEPA-Lastschriftmandat gilt für alle Zahlungen aus Verträgen mit

oben genanntem Kontoinhaber nachfolgendem Kreditnehmer

Firma bzw. bei natürlichen Personen Vor- und Nachname des Kreditnehmers:
Anschrift (PLZ, Ort, Straße, Hausnummer) des Kreditnehmers:

Selbstauskunft über Vermögens-/Einkommensverhältnisse
 (von jedem Gesellschafter gesondert erforderlich)

Persönliche Verhältnisse	Kreditnehmer/Gesellschafter	Ehepartner
Name, Vorname		
PLZ, Ort		
Straße, Hausnummer		
Geburtsdatum		
Staatsangehörigkeit		
Personalausweisnummer		
Ausstellungsdatum		
Ausstellende Behörde		
Familienstand		
Zahl + Alter der Kinder		
Güterstand		
Ausgeübte Tätigkeit		
Bruttojahreseinkommen		
Nettojahreseinkommen		

Privatvermögen	Kreditnehmer/Gesellschafter	Ehepartner
Grundbesitz [qm]		
Nutzungsart (eigen/fremd)		
Aktueller Verkehrswert		
Belastung in Abt. II		
Belastung in Abt. III		
Kapitaldienst p.a.		
Mieteinnahmen p.a.		
Lebensversicherung		
Versicherungssumme		
Abschlussjahr/Rückkaufswert		
Sonstiges Vermögen		

Privatverbindlichkeiten	Kreditnehmer/Gesellschafter	Ehepartner
Kredite		
Zinsen, Tilgung, Annuität p.a.		
Verwendungszweck		
Sonst. Zahlungsverpflichtungen		
Bürgschafts-/Leasingverträge		

a) Zwangsmaßnahmen/Insolvenz

Zwangsmaßnahmen jeglicher Art (z.B. Eidesstattliche Versicherung, Pfändung, Insolvenzverfahren) sind bei mir/uns bzw. bei von mir/uns beherrschten Unternehmen
 nicht vorgekommen.
 in einer Anlage erläutert.

b) Bestätigung

Die Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben über die Vermögens- und Einkommensverhältnisse sowie evtl. Zwangsmaßnahmen wird versichert:

Ort, Datum

Unterschrift des Antragsstellers/Gesellschafters und des Ehepartners

SCHUFA-Klausel Bürgschaftsbank (Bürgschaft) bei Existenzgründungs- und Nachfolgefinauzierungen

Ich willige ein, dass die Bürgschaftsbank Rheinland-Pfalz GmbH der SCHUFA Holding AG, Kormoranweg 5, 65201 Wiesbaden, die Daten über meine Beantragung, Aufnahme und Beendigung einer Bürgschaftsübernahme übermittelt oder durch meine den Bürgschaftsantrag stellende Hausbank übermitteln lässt und von dieser Auskünfte über mich erhält.

Soweit die Bürgschaftsbank aufgrund der Bürgschaft gegenüber der Hausbank nach Eintritt des Sicherungsfalls die gegen mich bestehenden fälligen Forderungen übernimmt, wird die Bürgschaftsbank der SCHUFA die Daten über diese Forderungen übermitteln oder durch meine Hausbank übermitteln lassen. Dies ist nach dem Bundesdatenschutzgesetz (§ 28 a Absatz 1 Satz 1) zulässig, wenn ich die geschuldete Leistung trotz Fälligkeit nicht erbracht habe, die Übermittlung zur Wahrung berechtigter Interessen der Bürgschaftsbank oder Dritter erforderlich ist und

- a) die Forderung durch ein rechtskräftiges oder für vorläufig vollstreckbar erklärtes Urteil festgestellt worden ist oder ein Schuldtitel nach § 794 der Zivilprozessordnung vorliegt oder
- b) ich die Forderung ausdrücklich anerkannt habe.

Darüber hinaus wird die Bürgschaftsbank der SCHUFA Daten über sonstiges nicht vertragsgemäßes Verhalten (z. B. betrügerisches Verhalten) übermitteln. Diese Meldungen dürfen nach dem Bundesdatenschutzgesetz (§ 28 Absatz 2) nur erfolgen, soweit dies zur Wahrung berechtigter Interessen der Bürgschaftsbank oder Dritter erforderlich ist und kein Grund zu der Annahme besteht, dass das schutzwürdige Interesse des Betroffenen an dem Ausschluss der Übermittlung überwiegt.

Insoweit befreie ich die Bürgschaftsbank zugleich vom Bankgeheimnis. Die Befreiung vom Bankgeheimnis erstreckt sich auch auf den Austausch von diese Bürgschaft betreffenden Informationen mit der Hausbank.

Die SCHUFA speichert und nutzt die erhaltenen Daten. Die Nutzung umfasst auch die Errechnung eines Wahrscheinlichkeitswertes auf Grundlage des SCHUFA-Datenbestandes zur Beurteilung des Kreditrisikos (Score). Die erhaltenen Daten übermittelt sie an ihre Vertragspartner im europäischen Wirtschaftsraum und der Schweiz, um diesen Informationen zur Beurteilung der Kreditwürdigkeit von natürlichen Personen zu geben. Vertragspartner der SCHUFA sind Unternehmen, die aufgrund von Leistungen und Lieferungen finanzielle Ausfallrisiken tragen (insbesondere Kreditinstitute sowie Kreditkarten- und Leasinggesellschaften, aber auch z. B. Vermietungs-, Handels-, Telekommunikations-, Energieversorgungs-, Versicherungs- und Inkassounternehmen). Die SCHUFA stellt personenbezogene Daten nur zur Verfügung, wenn ein berechtigtes Interesse hieran im Einzelfall glaubhaft dargelegt wurde und die Übermittlung nach Abwägung aller Interessen zulässig ist. Daher kann der Umfang der jeweils zur Verfügung gestellten Daten nach Art der Vertragspartner unterschiedlich sein. Darüber hinaus nutzt die SCHUFA die Daten zur Prüfung der Identität und des Alters von Personen auf Anfrage ihrer Vertragspartner, die beispielsweise Dienstleistungen im Internet anbieten.

Ich kann Auskunft bei der SCHUFA über die mich betreffenden gespeicherten Daten erhalten. Weitere Informationen über das SCHUFA-Auskunfts- und Score-Verfahren sind unter www.meineschufa.de abrufbar. Die postalische Adresse der SCHUFA lautet: SCHUFA Holding AG, Kormoranweg 5, 65201 Wiesbaden.

Ort, Datum

Unterschrift

Rentabilitätsplanung

Geschäftsjahr:							
GuV		TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
1	Umsatzerlöse						
2	berücksichtigte Erlösschmälerungen						
3	Bestandsveränderungen						
4	and. akt. Eigenleistungen						
5	Gesamtleistung						
6	Sonstige betriebl. Erträge						
7	Summe betriebl. Erträge						
8	Materialaufwand						
9	davon Fremdarbeiten						
10	Rohertrag (DB I)						
11	Personalaufwand						
12	davon Löhne und Gehälter						
13	davon Gehalt geschäftsf. Gesellschafter						
14	davon Ehegattengehalt						
15	Deckungsbeitrag II (DB II)						
16	Normalabschreibung						
17	Sonstiger betriebl. Aufwand						
18	davon Mietkosten						
19	davon Leasingkosten						
20	davon Kfz-Aufwand						
21	davon Werbung						
22	davon Vertrieb						
23	davon Fremdreparaturen/Instandhaltung						
24	Sonstige Steuern						
25	Teil-Betriebsergebnis						
26	Zinsaufwand						
27	Zinsertrag						
28	Betriebsergebnis						
29	Beteiligungsergebnis						
30	davon aus Gewinnabführung						
31	Außerordentl. betriebl. Erträge						
32	Außerordentl. betriebl. Aufwendungen						
33	AfA auf Finanzanlagen und WP des UV						
34	AfA Inangsetzung/Firmenwert						
35	Unübl. AfA auf UV						
36	Ergebnis der gew. Geschäftstätigkeit						
37	EE-Steuern						
38	Jahresüberschuss-/fehlbetrag						
39	Kennziffer						
40	Betriebsergebnis						
41	+ AfA						
42	+ GF-Gehälter						
43	Cash-flow						

Liquiditätsplanung

(Angaben in TEUR)

Jahr:	Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sep	Okt	Nov	Dez	Ges.
-------	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	------

Einnahmen													
Eing. lfd. Geschäftsbetrieb													
Einlagen													
Zinseinnahmen													
Besitzwechsel													
Auflösung Tages-/Festgeld													
Langf. Bankdarlehen													
Sonst./Zuschüsse/Zinsen													
Summe Einnahmen													

Ausgaben													
Investitionen (brutto)													
Mat.-/Sachaufw. (brutto)													
Personalaufwand													
Leasing (brutto)													
Umsatzsteuer (Zahllast)													
Steuern													
Zinsausgaben													
Schuldwechsel													
Kreditrückzahl. (kurzf.)													
Darlehensrückzahl.(langf.)													
Mieten													
Entnahmen													
Sonstiges													
Summe Ausgaben													

Über- (Unterdeckung)													
Banksaldo (Monatsanf.)													
Banksaldo (Monatsende)													
Kreditlinien eingeräumt													
Über-/Unterdeckung													

Bankenengagement

Kreditgeber	Kreditart	Nominal [TEUR]	Valuta [TEUR]	Zins [%]	Zinsen p.a. [TEUR]	Tilgung p.a. [TEUR]	Bemerkungen
Summe alt:							

Summe neu:							

Gesamtsumme:							
---------------------	--	--	--	--	--	--	--

¹ Sicherheiten für nicht verbürgte Kredite ggfs. auf gesondertem Blatt darstellen

Gesamtbelastung pro Jahr max. : _____ TEUR

Investitions- und Finanzierungsplan

Mittelverwendung	Betrag [TEUR]	Mittelherkunft	Betrag [TEUR]	
Anlagevermögen		Eigenkapital		zu verbürgen [X]
- Anlaufkosten		- Bareinlage		
- Bauliche Investitionen (betrieblich, ohne Privatanteil)		- Sacheinlage		
- Bauliche Investitionen (Privatanteil, unverbürgt)		- Eigenleistung		
- Betriebs- und Geschäftsausstattung		- Beteiligung Dritter (z.B. MBG)		
- Entwicklungskosten		- Zuschüsse/Zulagen		
- Firmenanteile		Fremdkapital		
- Firmenwert		- Avalkredit		
- Franchisegebühren		- Betriebsmitteldarlehen		
- Fuhrpark		- Kontokorrentkredit		
- Grund und Boden		- Immobilienerwerbsdarlehen		
- Markterschließungskosten		- Investitionsdarlehen		
- Maschinen und Einrichtungen		- Öffentliche Fördermittel ISB		
- Material		- Öffentliche Fördermittel KfW		
- Warenlager		- Sonstiger Kredit		
- Sonstige Investitionen		- Gesellschafterdarlehen		
Umlaufvermögen		- Verkäuferdarlehen		
- Avalbedarf				
- Miet-/Pachtsicherheit				
- Sonstige Betriebsmittel				
Summe:		Summe:		